

4910 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Bundesrates

B e r i c h t
des Unterrichtsausschusses

über den Beschluß des Nationalrates vom 15. Juli 1994 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Filmförderungsgesetz geändert wird

Im Zuge der Nationalratsausschußberatungen betreffend ein Europäisches Übereinkommen über die Gemeinschaftsproduktion von Kinofilmen samt Anhängen wurde ein Antrag gemäß § 27 Abs. 1 GOG-NR an den Nationalrat gestellt.

Der gegenständliche Gesetzesbeschluß des Nationalrates steht im inhaltlichen Zusammenhang mit dem erwähnten Übereinkommen.

Das Filmförderungsgesetz enthält eine Reihe von Bestimmungen, die im Sinne des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) unzulässige Inländervorbehalte darstellen.

Durch den gegenständlichen Gesetzesbeschluß des Nationalrates werden Staatsbürger anderer Mitgliedstaaten des Abkommens zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) den österreichischen Staatsbürgern gleichgestellt.

Der Unterrichtsausschuß stellt nach Beratung der Vorlage am 18. Juli 1994 mit Stimmeneinhelligkeit den Antrag, keinen Einspruch zu erheben.

Wien, 1994 07 18

Therese Lukasser
Berichterstatteerin

Erich PUTZ
Vorsitzender